

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Metalltarifrunde - Technologierat - Zinsen Russland - Finanzkrise

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: (1998) : Kurz kommentiert: Metalltarifrunde - Technologierat - Zinsen Russland - Finanzkrise, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 78, Iss. 9, pp. 505-506

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/44386>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Metalltarifrunde

Vertretbarer Realeinkommenszuwachs

Noch weit vor Beginn der nächsten Tarifrunde hat sich der Präsident des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall Stumpfe über einen Verteilungsspielraum bei den im Dezember beginnenden Tarifverhandlungen geäußert und sich der Kritik in den eigenen Reihen ausgesetzt. Erstmals seit Jahren erlauben nach Auffassung Stumpfes die Produktivitätssteigerungen im Metallbereich eine Steigerung der realen Löhne und der Beschäftigung. Damit hat er die Auseinandersetzung zwischen der Arbeitgeberseite, die weiterhin Lohnzurückhaltung wegen der hohen Arbeitslosigkeit fordert, und den Gewerkschaften, die das Ende der Bescheidenheit aufgrund der guten Gewinnsituation der Unternehmen und den hohen Produktivitätssteigerungen gekommen sehen, wieder angefacht.

Die Forderungen der Arbeitnehmerseite nach Einkommenszuwächsen sind in Anbetracht der Einbußen in den vergangenen Jahren zwar verständlich. Eine völlige Ausschöpfung des Produktivitätsspielraums ist jedoch aufgrund der weiterhin angespannten Lage am Arbeitsmarkt nicht angebracht. Es sollte nicht vergessen werden, daß das Konzept der produktivitätsorientierten Lohnpolitik, die Reallohnsteigerungen entsprechend der Zuwächse bei der Arbeitsproduktivität als beschäftigungsneutral ansieht, für Vollbeschäftigungsphasen entwickelt wurde. Bei Unterbeschäftigung ist der Verteilungsspielraum weitaus kleiner. Unter den gegenwärtigen Bedingungen in der Metallindustrie und bei der momentan niedrigen Inflation dürfte jedoch ein realer Einkommenszuwachs bei den Metallarbeitnehmern vertretbar sein. Dies sollte jedoch nicht als Pilotabschluß für andere Branchen betrachtet werden; dafür ist die Entwicklung von Branche zu Branche zu unterschiedlich. dw

Technologierat

Vage Vorschläge

Ende August hat der Rat für Forschung, Technologie und Innovation (Technologierat) seinen dritten Bericht unter dem Titel „Kompetenz im globalen Wettbewerb. Perspektiven für Bildung, Wirtschaft und Wissenschaft“ vorgelegt. Darin wird der Bundesrepublik ein leistungsfähiges Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungssystem bescheinigt. Trotzdem müsse das Innovationssystem verbessert werden, um auch weiterhin im globalen Wettbewerb bestehen zu können.

Zur Reformierung des Bildungssystems fordert der Rat unter anderem die Flexibilisierung von Strukturen und Verfahren, eine stärkere Berücksichtigung von Leistungs- und Wettbewerbselementen sowie eine größere Prioritätensetzung bei Lerninhalten. Insgesamt bleiben die Vorschläge zur Erhöhung des Wettbewerbs im Bildungsbereich aber recht vage. Angesichts der langwierigen, wenig produktiven Diskussion um Hochschulstrukturen, Lerninhalte oder Schlüsselkompetenzen ist zu vermuten, daß eine grundlegende Reformierung des Bildungssystems eher von außen – durch neue Bildungsanbieter – erfolgen könnte. Auf diese Aspekte der Bildungspolitik – zum Beispiel Privatisierung von Hochschulen, Zulassungsbedingungen für Privatschulen – geht der Bericht indessen nicht explizit ein.

Im wissenschaftlich-technischen Bereich spricht sich der Rat unter anderem für eine flexible, zeitlich befristete Förderung von „Kompetenzclustern“ zwischen Wissenschaft und Wirtschaft aus. Dabei geht es nicht allein um den Transfer von Grundlagenwissen in die Wirtschaft, sondern auch um gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsprogramme in „Sonderentwicklungsbereichen“. Aufgrund mangelnden Wissens dürfte die Identifizierung zukunftsreicher Technologiefelder jedoch Schwierigkeiten bereiten. Außerdem zeigen die bisherigen Erfahrungen mit Forschungs- und Entwicklungsprogrammen, daß bevorzugt Großunternehmen berücksichtigt werden. Die Förderung von „Kompetenzclustern“ sollte daher sehr vorsichtig in wenigen Pilotprojekten angegangen werden. ke

Zinsen

Zinswende in den USA?

Bei der amerikanischen Zentralbank überwog trotz der Finanzkrise in Asien und der damit verbundenen dämpfenden Einflüsse auf die US-Konjunktur noch zur Jahresmitte die Sorge, der Kosten- und Preisaufrtrieb könne sich in Amerika wieder verstärken. Die Fed drohte für diesen Fall schon mit einer Anhebung der kurzfristigen Zinsen. Im Zusammenhang mit der Rußlandkrise scheint nun ein Sinneswandel eingetreten zu sein, denn der Präsident der amerikanischen Zentralbank, Greenspan, schloß jüngst die Möglichkeit einer Zinssenkung nicht mehr völlig aus.

Aus der aktuellen Wirtschaftsentwicklung heraus läßt sich diese Kehrtwende sicherlich nicht begründen. Der Konjunkturaufschwung in den USA weist trotz erster Bremsspuren immer noch eine beachtliche Dynamik auf, und der Anstieg der Lohnkosten hat sich

sogar leicht beschleunigt. Die Inflationsrate ist zur Zeit gleichwohl niedrig und entspricht vor allem aufgrund des Preisverfalls an den internationalen Rohstoffmärkten den Stabilitätsvorstellungen der Fed. Ausschlaggebend für die veränderte Einschätzung und mögliche Zinswende ist die Furcht, das Ausstrahlen der „Asiatischen Grippe“ auf Lateinamerika und Rußland könne die amerikanische Konjunktur in Zukunft doch etwas stärker in Mitleidenschaft ziehen als noch zur Jahresmitte angenommen.

Auch in Europa werden Stimmen laut, die angesichts der anhaltenden Finanzkrise eine eher lockere Geldpolitik fordern, auch wenn die krisenbedingten Konjunkturrisiken hier niedriger sind als in den USA. Zwar zeichnen sich bei der Europäischen Zentralbank gegenwärtig keine Neigungen zu Zinssenkungen ab, doch ist eine Zinsanhebung noch bis Jahresende in den Niedrigzinsländern der Währungsunion nun unwahrscheinlich geworden.

Rußland

Ausuferndes Chaos

Der Traum von einer geordneten Überführung der russischen Wirtschaft und Gesellschaft in die Marktwirtschaft und Demokratie westlicher Prägung scheint vorerst geplatzt zu sein. Durch halbherzige Reformen der letzten Jahre konnten die dafür notwendigen Rahmenbedingungen nicht entstehen. Das erwartete Wirtschaftswachstum und steigender Wohlstand für alle blieben aus. Die jüngsten Entwicklungen haben das größte Land der Erde an den Rand der Katastrophe geführt: Der Rubel stürzt im freien Fall, die Finanzmärkte sind zusammengebrochen, Hamsterkäufe und Schlangen vor Geschäften gehören wieder zum russischen Alltag. Die Hauptleidtragenden sind Rentner und kleine Staatsangestellte, während die Finanzjongleure ihre Millionen US-Dollar schon längst in Sicherheit bringen konnten.

Der kranke Präsident, den der Westen als Garanten marktwirtschaftlicher Reformen und politischer Stabilität bis zum bitteren Ende finanziell und moralisch unterstützt hat, ist mittlerweile selbst zum unberechenbaren Risikofaktor geworden. Er hat die letzten Reformer aus der Regierung entlassen; andere haben freiwillig das Handtuch geworfen. Die handlungsunfähige Regierung kann dem ausufernden Chaos nicht mehr Herr werden.

Wo steuert Rußland nun hin? Die marktwirtschaftlichen Reformen sind in Mißkredit geraten. Die prekäre Wirtschaftslage stärkt die Position der kommunistisch-nationalistischen Kräfte. Von der Wirtschafts-

diktatur, Verstaatlichungen und dem Anwerfen der Notenpresse ist die Rede. Mit staatlicher Kontrolle und Industriepolitik glaubt man eine Stabilisierung zu erreichen. Sollte nicht bald ein politischer Konsens gefunden werden, sind landesweit soziale Unruhen zu befürchten. Nicht ganz auszuschließen ist auch die Gefahr, daß die Gouverneure eigene Wirtschaftsprogramme für ihre Regionen entwickeln, was dem Zerfall der Russischen Föderation nahe käme. ap

Finanzkrise

Jetzt auch Lateinamerika?

Nach Asien ist Rußland in eine tiefe Finanzkrise gestürzt. Müssen nun auch die aufstrebenden Märkte Lateinamerikas um ihre Stabilität fürchten? An den lateinamerikanischen Börsen hat es in letzter Zeit Kurseinbrüche gegeben, und die Bewertungsagentur Moody's hat zwei bedeutende Länder der Region, Brasilien und Venezuela, herabgestuft. Einige der durch die Krisen in Asien und Rußland verängstigten Investoren ziehen bereits ihr Kapital aus Lateinamerika ab. Auf dem Weltmarkt sinken die Erdöl- und Kupferpreise und schwächen so die Devisenpositionen der Länder. Sollten die USA und Europa von den Krisen in Asien und Rußland konjunkturell wesentlich getroffen werden, ist ein Übergreifen auf Lateinamerika sehr wahrscheinlich.

Bei dieser Betrachtung werden die tiefgreifenden ökonomischen Reformen vieler lateinamerikanischer Länder vollständig außer acht gelassen. Die Bankensysteme wurden umfassend reformiert, und die Auslandsschulden auf einer soliden Basis umstrukturiert. Auch gegen die akuten Probleme wurden sofort adäquate wirtschaftspolitische Gegenmaßnahmen eingeleitet. Neben Wechselkursanpassungen in einigen Ländern wird die Fiskalpolitik im Großteil der lateinamerikanischen Staaten weiter gestrafft. Darüber hinaus tragen Steuerreformen zu Verbesserungen der Haushaltssituationen bei. Die Finanzminister und Notenbankchefs der Länder werden laut einer gemeinsamen Erklärung strikt an ihrer Reformpolitik festhalten. Auch der Internationale Währungsfonds hält die langfristigen Strukturreformen und die aktuellen Reaktionen für erfolgversprechend. Und in den USA und in Europa verlangsamt sich das Wachstum nur wenig, so daß sich negative Auswirkungen für Lateinamerika in Grenzen halten dürften.

Aufgrund weiterhin guter Fundamentaldaten und der Fortführung der strikten Reformpolitik stellt Lateinamerika für ausländische Investoren eine gute Alternative zu den weiter schwierigen Märkten in Asien und Rußland dar.